

Nr. 19/367

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Entwicklungsmöglichkeiten in der Arbeit mit delinquenten Jugendlichen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 8. März 2016

(Drucksache [19/328](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 10. Mai 2016

(Drucksache [19/425](#))

Nr. 19/368

Aktuelle Stunde

Die Bürgerschaft (Landtag) führt auf Antrag der Abgeordneten Jens Eckhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Millionenverluste bei der Landesbank – Finanzsenatorin muss Verantwortung übernehmen.“

Nr. 19/369

Konsensliste

Mitteilung des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft

vom 13. Juni 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Konsensliste wie folgt zu:

1. Modellprojekt Leichte Sprache starten!

Antrag der Fraktion der CDU

vom 16. Dezember 2015

(Drucksache [19/226](#))

Die Bürgerschaft (Landtag)

1. beschließt in Selbstverpflichtung, bis zum Ende der 19. Legislaturperiode in einem Modellprojekt Initiativen, die das Leben von Menschen mit Behinderungen betreffen, auch in Leichter Sprache zur Verfügung zu stellen und in den Haushalten dafür entsprechende Mittel vorzusehen.
2. bittet den Landesbehindertenbeauftragten vorzuschlagen, welche Initiativen in Leichte Sprache übersetzt werden sollen und beauftragt den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft mit der endgültigen Auswahl der zu übersetzenden Initiativen.
3. empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven und der Stadtbürgerschaft zu prüfen, ob auch hier ein entsprechendes Modellprojekt ins Leben gerufen werden kann.

4. bittet den Landesbehindertenbeauftragten und den Vorstand der Bremischen Bürgerschaft, sechs Monate vor Ende der 19. Legislaturperiode in der Bürgerschaft (Landtag) über die Umsetzung des Modellprojekts zu berichten und der Bürgerschaft (Landtag) eine Empfehlung bezüglich eines künftigen Verfahrens zu geben (z. B. eine Übernahme in die Geschäftsordnung).

2. Modellprojekt Leichte Sprache starten!
 Bericht und Antrag des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft vom 12. Mai 2016
 (Drucksache [19/429](#))
 Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Vorstandes der Bremischen Bürgerschaft Kenntnis.

3. Benennung eines stellvertretenden Mitglieds für den Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE) für die 11. Mandatsperiode
 Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete
 Antje G r o t h e e r
 als stellvertretendes Mitglied für die elfte Amtszeit im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas des Europarates (KGRE).

4. Gesetz zur Änderung des Bremischen Verwaltungsvollstreckungsgesetzes
 Mitteilung des Senats vom 24. Mai 2016
 (Drucksache [19/468](#))
 1. Lesung
 Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

5. Gesetz zu der Vereinbarung zwischen dem Land Niedersachsen und dem Land Bremen über die Zusammenarbeit beim Aufruf und Einsatz der Personenauskunftsstelle Niedersachsen/Bremen
 Mitteilung des Senats vom 19. April 2016
 (Drucksache [19/386](#))
 2. Lesung
 Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

6. Bremisches Gesetz zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren (BremAGPsychPbG)
 Mitteilung des Senats vom 31. Mai 2016
 (Drucksache [19/622](#))
 1. Lesung
 Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

7. Bericht des staatlichen Petitionsausschusses Nr. 10 vom 3. Juni 2016
 (Drucksache [19/631](#))
 Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 19/370

Fragestunde

1. Girokonto für Geflüchtete
 Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Kabire Yildiz, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Mai 2016

2. Einhaltung der Zielzahl der Ortspolizeibehörde Bremerhaven
 Anfrage der Abgeordneten Christine Schnittker, Wilhelm Hinnens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Mai 2016

3. Asylanträge durch unbegleitete minderjährige Ausländer
Anfrage der Abgeordneten Sigrid Grönert, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 25. Mai 2016
4. Qualifizierung von Langzeitarbeitslosen in der bremischen Hafenwirtschaft
Anfrage der Abgeordneten Elias Tsartilidis, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 26. Mai 2016
5. Zukunft der Mehrgenerationenhäuser
Anfrage der Abgeordneten Sülmez Dogan, Kabire Yildiz, Robert Bücking, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26. Mai 2016
6. Bearbeitungszeit von Steuererklärungen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 30. Mai 2016
7. Prüfung auf Liebhaberei
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 31. Mai 2016
8. Höhe der Spielbankabgabe überdenken!
Anfrage der Abgeordneten Jens Eckhoff, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 31. Mai 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Folgen der Russland-Sanktionen für Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 6. Juni 2016
10. Überprüfung der Überbelegung von Wohnungen nach dem Wohnungsaufsichtsgesetz
Anfrage der Abgeordneten Dr. Matthias Güldner, Robert Bücking, Sülmez Dogan, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 6. Juni 2016
11. Keine Zeit für Leitungsaufgaben?
Anfrage der Abgeordneten Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 6. Juni 2016
12. Finanzierung des OTB
Anfrage der Abgeordneten Prof. Dr. Hauke Hilz, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 8. Juni 2016

Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/371

Gleichen Lohn für gleiche Arbeit in Bremen verwirklichen

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 23. Februar 2016
(Drucksache [19/298](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. die Ergebnisse aus den Verfahren bei der Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) und der bremenports GmbH & Co. KG in der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und dem Ausschuss für die Gleichberechtigung der Frau vorzustellen und zu diskutieren.
2. basierend auf den Ergebnissen Lösungsansätze zur Vermeidung von Entgelt-diskriminierung in bremischen Gesellschaften darzustellen.
3. für den öffentlichen Dienst modellhaft anhand einer detaillierten Darstellung der Entgeltpraxis einer Behörde zukünftige Lösungsansätze zur Vermeidung von Entgeltdiskriminierung im öffentlichen Dienst aufzuzeigen.

4. des eg-check-Verfahren auch in der Wirtschaftsförderung Bremen (WFB) durchzuführen und dabei die analytischen Möglichkeiten des Verfahrens vollumfänglich auszuschöpfen.

Über die Ergebnisse ist der Bürgerschaft (Landtag) in zwei Jahren zu berichten.

Nr. 19/372

Zugang zu medizinischem Cannabis erleichtern!

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 2. März 2016
(Drucksache [19/311](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 12. April 2016

(Drucksache [19/372](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/373

Zugang zu medizinischem Cannabis erleichtern!

Antrag der Fraktion der FDP
vom 19. Mai 2016
(Drucksache [19/453](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/374

Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit durch Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 3. März 2016
(Drucksache [19/316](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 24. Mai 2016

(Drucksache [19/463](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag in geänderter Fassung wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. sich mit einer erneuten Bundesratsinitiative für die bundesweite Einführung des Passiv-Aktiv-Transfers als Instrument der Beschäftigungsförderung einzusetzen,
2. die positiven Erfahrungen der Modellversuche in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Thüringen zu analysieren und eine Übertragbarkeit auf Bremen zu untersuchen,
3. zu prüfen, inwieweit mit einer Kombination von Mitteln aus dem Eingliederungstitel mit Landes- oder kommunalen Mitteln der seit Jahren auf Bundesebene geforderte Passiv-Aktiv-Tausch, ähnlich wie in anderen Bundesländern, im Land Bremen vergleichbar ausgestaltet werden kann,
4. sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass künftig Einnahmen von SGB-II-Bezieherinnen/-Beziehern nicht mehr zuerst auf den Regelsatz, sondern zuerst auf die Kosten der Unterkunft angerechnet werden.

Nr. 19/375

Modellprojekt „Sozialer Arbeitsmarkt“ für Langzeitarbeitslose im Land Bremen einführen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Mai 2016
(Drucksache [19/421](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 20. Mai 2016

(Drucksache [19/454](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/376

Wegfall der Entflechtungsmittel für Verkehr und Hochschulbau nach 2019

Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 8. März 2016
(Drucksache [19/321](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 3. Mai 2016

(Drucksache [19/415](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/377

Staatsvertrag über die Einrichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer

Mitteilung des Senats vom 8. März 2016
(Drucksache [19/324](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 19/378

Datenschutz bei polizeilicher Telekommunikationsüberwachung

Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 10. März 2016
(Drucksache [19/334](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 5. April 2016

(Drucksache [19/354](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/379

Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Einrichtung und den Betrieb eines Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung der Polizeien im Verbund der norddeutschen Küstenländer

Mitteilung des Senats vom 26. April 2016

(Drucksache [19/404](#))

1. Lesung

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/380

20. KEF-Bericht

Mitteilung des Senats vom 17. Mai 2016

(Drucksache [19/434](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den 20. KEF-Bericht zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit.

Nr. 19/381

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk verschlanken – Konzentration auf die Kernaufgaben

Antrag der Fraktion der FDP

vom 14. Juni 2016

(Drucksache [19/644](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit ab. Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/382

Bremisches Hilfeleistungsgesetz (BremHilfeG)

Mitteilung des Senats vom 19. April 2016

(Drucksache [19/385](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/383

Erwerbslose und Alleinerziehende schützen, Jugendliche gleichbehandeln, Zuwachs von Niedrigrenten verhindern: Das Rechtsvereinfachungsgesetz muss grundlegend neu gefasst werden

Antrag der Fraktion DIE LINKE

vom 1. Juni 2016

(Drucksache [19/628](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/384

Gesetz zur Änderung des Bremischen Polizeigesetzes

Mitteilung des Senats vom 7. Juni 2016

(Drucksache [19/634](#))

1. Lesung

2. Lesung

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 13. Juni 2016

(Drucksache [19/641](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster und zweiter Lesung.

Nr. 19/385

Änderung der Bremischen Landesverfassung zur Neugestaltung des Immunitätsrechts – Gesetz zur Änderung der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen

Bericht und Antrag des Verfassungs- und Geschäftsausschusses

vom 13. Juni 2016

(Drucksache [19/642](#))

1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung und überweist es zur Beratung und Berichterstattung an den nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Verfassungs- und Geschäftsausschusses Kenntnis.

Nr. 19/386

Einsetzung eines nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 der Landesverfassung

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen nichtständigen Ausschuss gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung ein.

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des nichtständigen Ausschusses gemäß Artikel 125 Absatz 2 der Landesverfassung:

Mitglieder	Stellvertreterinnen/Stellvertreter
Aulepp, Sascha (SPD)	Bösch, Sybille (SPD)
Grotheer, Antje (SPD)	Peters-Rehwinkel, Insa (SPD)
Tschöpe, Björn (SPD)	Senkal, Sükrü (SPD)
Neumeyer, Silvia (CDU)	Ahrens, Sandra (CDU)
Özdam, Turhal (CDU)	Dr. vom Bruch, Thomas (CDU)
Dr. Kappert-Gonther, Kirsten (Bündnis 90/Die Grünen)	Dogan, Sülmez (Bündnis 90/Die Grünen)
Dr. Schaefer, Maike (Bündnis 90/Die Grünen)	Öztürk, Mustafa (Bündnis 90/Die Grünen)
Vogt, Kristina (DIE LINKE)	Rupp, Klaus Rainer (DIE LINKE)
Prof. Dr. Hilz, Hauke (FDP)	Dr. Buhlert, Magnus (FDP)

Nr. 19/387

Wahl eines Mitglieds des Vorstands

(Wahl eines Schriftführers)

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Mustafa Ö z t ü r k

anstelle des Abgeordneten Wilko Zicht zum Mitglied des Vorstands (zum Schriftführer).

Nr. 19/388

Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen und Eigenbetriebe

Antrag der Fraktion der CDU

vom 19. November 2015

(Drucksache [19/162](#))

A. Änderung des Einsetzungsbeschlusses des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) ändert den Einsetzungsbeschluss des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses (Drs. 19/33) wie folgt:

Ziffer 2 wird wie folgt neu gefasst:

2. Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle der sonstigen Sondervermögen der Freien Hansestadt Bremen wahr.

Die Bürgerschaft (Landtag) überträgt dem staatlichen Haushalts- und Finanzausschuss die Aufgaben der Bürgerschaft nach § 36 Absatz 5 des Gesetzes für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG).

Der staatliche Haushalts- und Finanzausschuss nimmt die Aufgaben eines Sondervermögensausschusses nach dem Gesetz über die Errichtung eines Sondervermögens Immobilien und Technik des Landes Bremen (BremSVITG) und nach dem Gesetz über eine Versorgungsrücklage des Landes Bremen (BremVersRücklG) wahr.

Seine Aufgaben nach dem Gesetz über die Errichtung eines Bremer Kapitaldienstfonds nimmt er als Sondervermögensausschuss des Bremer Kapitaldienstfonds wahr.

B. Einsetzung eines ständigen Controllingausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen ständigen Controllingausschuss ein.

Der Ausschuss hat die Aufgaben:

1. Der Controllingausschuss nimmt die Aufgabe der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen, der Eigenbetriebe, Museumsstiftungen sowie Anstalten des öffentlichen Rechts der Freien Hansestadt Bremen wahr.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) überträgt dem Controllingausschuss die Aufgaben der Bürgerschaft nach §§ 17 Absatz 3 Satz 2, 18 Absatz 3, 20 Absatz 1 und 6, 25 Absatz 1 des Gesetzes für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG).

Der Ausschuss besteht aus elf Mitgliedern und elf stellvertretenden Mitgliedern.

C. Aufgabenwahrnehmung des Controllingausschusses

- I. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, dem Controllingausschuss

1. die im Handbuch Beteiligungsmanagement der Freien Hansestadt Bremen aufgeführten unterjährigen Berichte spätestens zur letzten Sitzung in dem auf den Berichtszeitraum folgenden Quartal zu er-
statten;
 2. bei besonderer politischer Bedeutung oder auf Verlangen des Ausschusses vorab zeitnah über aufgetretene Risiken in den Beteiligungsgesellschaften nach Kapitel E. III. des Handbuchs Beteiligungsmanagement zu berichten;
 3. bei besonderer politischer Bedeutung oder auf Verlangen des Ausschusses vorab zeitnah über aufgetretene Risiken in den Eigenbetrieben, Museumsstiftungen und der Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Bremen zu berichten;
 4. die beschlossenen Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe zuzuleiten;
 5. quartalsweise über
 - a) die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung der Beteiligungsgesellschaften, der Eigenbetriebe, Museumsstiftungen und der Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Bremen und
 - b) das Controlling der Beteiligungsgesellschaften, Eigenbetriebe, Museumsstiftungen und der Anstalten des öffentlichen Rechts des Landes Bremen
zu berichten;
 6. jährlich über
 - a) die Beteiligungen (Beteiligungsbericht) und
 - b) den vorläufigen Jahresabschluss sowie die testierten Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und Museumsstiftungen
zu berichten;
 7. die Protokolle der Aufsichtsratssitzungen, die den wesentlichen Verlauf der Beratungen im Aufsichtsrat wiedergeben sollen, zuzusenden;
 8. auf Nachfrage Vorlagen der Aufsichtsratssitzungen zuzuleiten und
 9. zur Wahrnehmung seiner Aufgaben weitere Erläuterungen und Berichte zur Verfügung zu stellen.
- II. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, auf Nachfrage des Controllingausschusses die Geschäftsführungen anzuweisen, im Controllingausschuss über einzelne Punkte, die der Aufgabenwahrnehmung des Ausschusses dienen, zu berichten.
- III. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, das Handbuch Beteiligungsmanagement der Freien Hansestadt Bremen aufgrund der erfolgten Änderungen zu überarbeiten.

Nr. 19/389

Verbesserung der parlamentarischen Kontrolle der Beteiligungen und Eigenbetriebe

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 10. Juni 2016
(Drucksache [19/640](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.

Nr. 19/390

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des staatlichen Controllingausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des staatlichen Controllingausschusses:

Mitglieder	Stellvertreterinnen/Stellvertreter
Gottschalk, Arno (SPD)	Peters-Rehwinkel, Insa (SPD)
Schmidt, Uwe (SPD)	Pohlmann, Jürgen (SPD)
Sprehe, Heike (SPD)	Weber, Christian (SPD)
Reinken, Dieter (SPD)	Welt, Holger (SPD)
Ahrens, Sandra (CDU)	Eckhoff, Jens (CDU)
Kastendiek, Jörg (CDU)	Grobien, Susanne (CDU)
Röwekamp, Thomas (CDU)	Özdal, Turhal (CDU)
Bücking, Robert (Bündnis 90/Die Grünen)	Yildiz, Kabire (Bündnis 90/Die Grünen)
Fecker, Björn (Bündnis 90/Die Grünen)	Zicht, Wilko (Bündnis 90/Die Grünen)
Rupp, Klaus-Rainer (DIE LINKE)	Vogt, Kristina (DIE LINKE)
Prof. Dr. Hilz, Hauke (FDP)	Steiner, Lencke (FDP)

Nr. 19/391

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Zugang zum deutschlandweiten einheitlichen und kostenfreien Notruf für Frauen und Mädchen weiter verbessern
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. März 2016
(Drucksache [19/342](#))
2. Entkriminalisierung von Flucht – Entlastung für Polizei und Justiz
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 6. Juni 2016
(Neufassung der Drucksache [19/349](#) vom 17. März 2016)
(Drucksache [19/632](#))
3. Bundesstraße 212 neu muss vordringlich sein
Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. April 2016
(Drucksache [19/368](#))
4. Wie geht es weiter mit der qualifizierten Leichenschau?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 12. April 2016
(Drucksache [19/369](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 17. Mai 2016
(Drucksache [19/435](#))
5. Milliardenschwere Steuerhinterziehungen durch manipulierte Kassen
Antrag des Abgeordneten Bernd Ravens (parteilos) und der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 19. April 2016
(Drucksache [19/395](#))

6. Trassenführung der B 6n – nur in der Variante Untertunnelung planen und bauen
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 19. April 2016
(Drucksache [19/397](#))
7. Keine Denkverbote bei der Planung der B 6n
Antrag der Fraktion der CDU
vom 4. Mai 2016
(Drucksache [19/422](#))
8. Zweites Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes
Mitteilung des Senats vom 8. März 2016
(Drucksache [19/323](#))
2. Lesung
9. Mangelhafte Kontrolle der Millionensubvention für die Jacobs University Bremen
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 27. April 2016
(Neufassung der Drucksache [19/401](#) vom 25. April 2016)
(Drucksache [19/410](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2016
(Drucksache [19/645](#))
10. TTIP-Verhandlungen als Chance begreifen – Abschaffung des „Jones Act“ auf die Agenda setzen
Antrag der ALFA-Gruppe
vom 28. April 2016
(Drucksache [19/411](#))
11. Zivilklausel umsetzen – Keine Studiengangskooperation zwischen bremischen Hochschulen und der Bundeswehr
Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE
vom 3. Mai 2016
(Drucksache [19/420](#))
12. Arbeit von Hochschulen und Bundeswehr stärken – Kooperation unterstützen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. Mai 2016
(Drucksache [19/457](#))
13. Hochschulautonomie respektieren – Studiengangskooperation der Hochschule nicht beeinflussen
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 13. Juni 2016
(Drucksache [19/643](#))
14. Sicherheitsgefühl stärken – Aufklärung von Einbrüchen verbessern!
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 17. Mai 2016
(Drucksache [19/432](#))
15. Befassungen des Petitionsausschusses – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juli 2015
(Drucksache [19/27](#))
2. Lesung

16. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft
Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 19. Mai 2016
(Drucksache [19/452](#))
2. Lesung

17. Organisierte Ausbeutung mittels Scheinarbeitsverträgen in Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. Mai 2016
(Drucksache [19/423](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 31. Mai 2016
(Drucksache [19/623](#))

18. Eine Frage der Haltung – Tierwohl fördern durch Einführung eines bundesweiten Labels
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Mai 2016
(Drucksache [19/450](#))

19. Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2016
(Drucksache [19/306](#))
2. Lesung

20. Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag
Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 23. Mai 2016
(Drucksache [19/455](#))

21. Pflegebedürftige, Angehörige und Sozialkassen besser vor Betrügern schützen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Mai 2016
(Neufassung der Drucksache [19/502](#) vom 25. Mai 2016)
(Drucksache [19/504](#))

22. Baustellen- und Verkehrschaos verhindern – Baustellenplanungen für den Bauabschnitt 2.2 der A 281 gehören auf den Prüfstand
Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. Mai 2016
(Drucksache [19/597](#))